

Wolodin reagiert erneut auf Klöckner: "Haben Sie dafür das Mandat des deutschen Volkes?"

11 Juni 2025 17:04 Uhr

Wjatscheslaw Wolodin und Julia Klöckner haben eine Polemik über die Rolle der Roten Armee und die Ursachen des Ukraine-Kriegs angefangen. Der Streit wird nun vor aller Augen ausgetragen. "RT DE" veröffentlicht ein neues Schreiben des Duma-Chefs an die Bundestagspräsidentin.



Quelle: TASS © ROMAN NAUMOW

Archivbild: Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin spricht am Telefon, 26. März 2025.

Sehr geehrte Frau Klöckner,

ich sehe nun, dass Sie sich dafür entschieden haben, unsere Kommunikation in die öffentliche Sphäre zu übertragen. Also gut, ich bin einverstanden.

Ich erinnere Sie daran, dass es in meinem Schreiben an Sie allem voran um die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit und die Anerkennung der Tatsache ging, dass gerade das sowjetische Volk und seine Rote Armee die Hauptrolle bei der Zerschlagung des deutschen Nazismus gespielt hatten. Wir respektieren zwar den Beitrag der Alliierten zum Sieg im Zweiten Weltkrieg. Auch den heroischen Kampf der deutschen Antifaschisten werden wir nie vergessen. Aber man darf auch keinesfalls vergessen, dass gerade die Sowjetunion den ausschlaggebenden Beitrag zum Sieg geleistet und in diesem Kampf 27 Millionen Menschen verloren hatte – gegenüber 418.000 in den USA und etwa 300.000 in Großbritannien. Frankreich hatte vor Nazi-Deutschland gar kapituliert, obwohl seine einzelnen Vertreter bis hin zum Sieg mutig gekämpft hatten – darunter an der Ostfront.

Es ist bedauerndswert, dass Sie nicht einmal imstande sind, den richtigen Namen der Armee anzugeben, die Berlin eingenommen hatte, indem Sie diese als "damalige Sowjetarmee" bezeichnen. In diesem Zusammenhang muss ich Sie daran erinnern, dass es die Rote Armee war.

Es ist auch bedauerndswert, dass Sie der augenblicklichen politischen Konjunktur wegen insbesondere die Präsenz "vieler ukrainischer Soldaten" in der "damaligen Sowjetarmee" hervorgehoben haben. Wenn man schon den Weg der Sorgfalt geht, lassen Sie uns nun denn auch weißrussische, kasachische, georgische, armenische, aserbaidische, usbekische, kirgisische und andere Soldaten erwähnen.

Übrigens hatten die Verluste Russlands während des Zweiten Weltkrieges fast 70 Prozent derer der gesamten Sowjetunion betragen. Was das Nachkriegsverhältnis zwischen unseren Ländern betrifft, so lassen Sie uns nicht vergessen, dass gerade die Sowjetunion gegen die Teilung Deutschlands eingetreten war und später die Schlüsselrolle bei seiner Wiedervereinigung im Jahr 1990 gespielt hatte. Zwar wird heute in Deutschland wenig darüber gesprochen, aber ich hoffe, dass Sie dies nicht bestreiten werden. Denn das ist nun einmal die historische Tatsache.

Was die "demokratisch gewählte Regierung" in Kiew betrifft, so möchte ich Sie daran erinnern, dass die Amtszeit des ukrainischen Staatschefs vor einem Jahr ausgelaufen ist, und seine Befugnisse hätten im Einklang mit der Verfassung der Ukraine und einer Reihe von anderen Gesetzen an den Vorsitzenden der Werchowna Rada übergehen sollen. Im ukrainischen Recht steht dies eindeutig geschrieben. Die Verfassung dieses Landes sieht gar keine rechtlichen und verfassungsmäßigen Mittel vor, die Befugnisse des Präsidenten der Ukraine zu verlängern – nicht einmal unter den Umständen des Kriegszustands.

Der Kernpunkt besteht allerdings darin, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland während der akuten innenpolitischen Krise in der Ukraine im Jahr 2014 gemeinsam mit Polen und Frankreich als Garant der Vereinbarungen über eine friedliche und gesetzliche Lösung aller Streitigkeiten zwischen der Opposition und dem Präsidenten der Ukraine aufgetreten war. Danach aber tat Ihre Regierung so, als hätte sie den in der Ukraine vollbrachten verfassungswidrigen bewaffneten Umsturz nicht bemerkt. Somit hat die heutige Macht in der Ukraine ihren Ursprung in dieser staatsfeindlichen, blutigen Machtergreifung. Wissen Sie wirklich nichts davon? Von welchem Schutz der Demokratie sprechen Sie denn? Ich erinnere Sie zudem daran, dass diejenigen, die die Macht in Kiew ergriffen hatten, unverzüglich mit Kampfhandlungen und einem Krieg gegen die Regionen der Ukraine begannen, welche die Verbrecher, die die Macht im Land ergriffen hatten, ablehnten und nicht anerkannten.

Und dieser Krieg wurde vom Kiewer Regime bis zum Jahr 2022 unbestraft geführt, das heißt: acht Jahre lang. Dabei tat Russland alles Mögliche, um dem blutigen Konflikt im Südosten der Ukraine im Rahmen der im Jahr 2015 in Minsk getroffenen Vereinbarungen ein Ende zu setzen. Später mussten wir aber aus öffentlichen Erklärungen der damaligen höchsten Amtspersonen der BRD und Frankreichs erfahren, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht um des Friedens in der Ukraine willen, sondern um der Kriegsvorbereitungen willen unterstützt hatten. Diese Vereinbarungen waren bloß als Pause gedacht, um die ukrainischen Streitkräfte mit Waffen aufzurüsten. Haben Sie, sehr geehrte Frau Klöckner, diese Erklärungen etwa nicht mitbekommen? Daher hat Russland im Jahr 2022 keinen Krieg gegen die Ukraine begonnen. Stattdessen nutzt es seine Streitkräfte, um ihn zu beenden. Ebenso versucht es am Verhandlungstisch, einen Frieden zu erzielen.

Was nun den zweiten Teil meines Schreibens betrifft, so war dort die Rede von den menschenverachtenden Handlungen des Kiewer Regimes, das terroristische Attacken gegen Zivilisten in Russland verübt. Gerade in diesem Punkt folgt das jetzige Kiewer Regime strikt der Nazi-Praxis und wird selbst nazistisch. Denn man kann die Macht, die Menschen unter den Flaggen von Bandera und Schuchewitsch versammelt – also denen, die während des Zweiten Weltkrieges mit dem Hitler-Besatzungsregime intensiv kollaboriert und auf seinen Befehl in der Ukraine Millionen von Juden, Polen, Russen und Vertretern anderer Nationalitäten vernichtet hatten –, nicht anders als nazistisch bezeichnen.

Was die terroristische Natur des jetzigen Regimes in der Ukraine betrifft, so reicht es, das neuliche Verbrechen in Erinnerung zu bringen, als die ukrainischen Geheimdienste auf dem Gebiet der Russischen Föderation einen Passagierzug mit Frauen und Kindern, darunter Babys, gesprengt haben. Ich betone: Das waren alles Zivilisten. Und das war kein zufälliger Einschlag eines Artilleriegeschosses, sondern eine zielbewusste Sprengung eines Passagierzuges. Wenn dies kein Terrorakt ist, was ist dann Ihrer Meinung nach ein Terrorakt?

Dokumentarisch belegte Zeugnisse von Verbrechen des Kiewer Regimes gegen die Zivilbevölkerung habe ich Ihnen in einem separaten Schreiben zukommen lassen. Unbefangene ausländische Beobachter, die selbst darin Einblick gewinnen wollen, können dies anhand deren Übersetzung in europäische Sprachen auf der Webseite der Staatsduma tun.

Zum anderen Thema. Dass Deutschland Waffen, die unter anderem gegen Zivilisten eingesetzt werden, an das neonazistische Regime in der Ukraine übergibt, ist schon an sich eine der Ursachen des Konflikts zwischen unseren Ländern. Dass deutsche "Leopard"-Panzer zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Territorium Russlands, im Gebiet Kursk, aufgetaucht sind, ist beispiello. Heute überlegt sich die deutsche Regierung ernsthaft eine Übergabe von High-Tech-Marschflugkörpern "Taurus" an Kiew, wobei sie Bescheid weiß, dass das Kiewer Regime über keine der erforderlichen Kompetenzen für ihren Einsatz verfügt. In der Tat werden sich damit Fachleute der Bundeswehr beschäftigen. Das heißt, deutsche Raketen werden in Russland einschlagen – und dahinter werden deutsche Offiziere stehen. Auf diese Art und Weise stoßen Sie Deutschland und das deutsche Volk schon wieder in einen bewaffneten Konflikt mit Russland hinein. Haben Sie dafür das Mandat des deutschen Volkes, das Mandat Ihrer Wähler?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben unsere Länder mehrere Jahrzehnte hindurch viel getan, um die Kriegswunden heilen zu lassen sowie gegenseitig vorteilhafte und freundschaftliche Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volk aufzubauen.

Wir wissen, dass es in der BRD viele Menschen gibt, die aufrichtig danach streben, das Verhältnis mit Russland zu entwickeln. Unsererseits haben wir schon immer aufrichtig danach gestrebt und keinen Schritt gegen Deutschlands Interessen getan. Ich betone: keinen einzigen Schritt! Und wonach strebt Ihre Regierung? Nach neuen Konflikten? Wozu? Wer wird davon profitieren? Wird etwa Deutschland davon profitieren? Stellen Sie sich diese Frage noch einmal. Und geben Sie sich darauf eine Antwort, aber nur eine ehrliche.

Ich stehe Ihnen immer zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

W. Wolodin

